



USIC

Union Suisse des Sociétés d'Ingénieurs-Conseils
Schweizerische Vereinigung Beratender Ingenieurunternehmen
Unione Svizzera degli Studi Consulenti d'Ingegneria
Swiss Association of Consulting Engineers

USIC POLITMONITOR

Winter 2017 (8/17)

SESSIONSRÜCKBLICK 27. November – 15. Dezember

KOMMISSIONSVORSCHAU I. Quartal 2018

VERNEHMLASSUNGEN

INHALTSVERZEICHNIS

Abkürzungen und Legenden	2
Editorial	3
Sessionsrückblick Winter 2017	4
Kommissionsvorschau I. Quartal 2018	6
Vernehmlassungen	9

ABKÜRZUNGEN UND LEGENDEN

Abkürzungsverzeichnis

Parlamentsgeschäfte

BRG	Geschäft des Bundesrats
Pa.Iv	Parlamentarische Initiative
Kt.Iv	Standesinitiative
Mo.	Motion
Po.	Postulat
Ip.	Interpellation
A.	Anfrage
Pet.	Petition

Behandlungskategorien

I	freie Debatte
II	organisierte Debatte
IIIa	Fraktionsdebatte
IIIb	Verkürzte Fraktionsdebatte
IV	Kurzdebatte
V	schriftliches Verfahren








Eidgenössische Organe

BR	Bundesrat
NR	Nationalrat
SR	Ständerat
APK	Aussenpolitische Kommission
FK	Finanzkommission
GPK	Geschäftsprüfungskommission
KVF	Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen
RK	Kommission für Rechtsfragen
SGK	Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit
SiK	Sicherheitspolitische Kommission
SPK	Staatspolitische Kommission
UREK	Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie
WAK	Kommission für Wirtschaft und Abgaben
WBK	Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur
-N	des Nationalrats
-S	des Ständerats

Fraktionen

BD	BDP-Fraktion
CE	CVP/EVP-Fraktion
RL	FDP-Liberale Fraktion
G	Grüne Fraktion
GL	Grünliberale Fraktion
S	Sozialdemokratische Fraktion
V	Fraktion der Schweizerischen Volkspartei

Legenden

	Dringlicher Handlungsbedarf		Zufrieden
	Handlungsbedarf		Neutral
	Aktives Monitoring		Unzufrieden
	Passives Monitoring		

Herausgeber

Schweizerische Vereinigung Beratender Ingenieurunternehmungen usic
Effingerstrasse 1, Postfach, 3001 Bern,
Tel +41 31 970 08 88, Fax +41 31 970 08 82
USIC@USIC.CH
WWW.USIC.CH
WWW.FACEBOOK.COM/USIC.CH
WWW.TWITTER.COM/USIC_CH

Rückmeldungen und Auskünfte

Laurens Abu-Talib
Tel +41 31 970 08 88
laurens.abu-talib@USIC.CH

Quellen

[Curia Vista Geschäftsdatenbank](#)
[Vernehmlassungen](#)
[Eidgenössische Abstimmungen](#)

EDITORIAL

Geschätzte Damen und Herren

Die letzte Session des Jahres 2017 ist aus Sicht der usic insgesamt positiv verlaufen.

Die wichtige Vorlage zum Um- und Ausbau der Stromnetze ([16.035](#)) konnte durch die Eidgenössischen Räte beschlossen werden. Bedauerlich ist, dass die durch den Ständerat eingebrachte „Wasserkraftklausel“ in den Kompromiss der Einigungskonferenz Eingang gefunden hat. Damit wurde ein für die gebundenen Endkunden teures und inhaltlich systemfremdes Element in die Vorlage aufgenommen.

Weg frei für automatisiertes Fahren

Bei der automatisierten Mobilität zeigte der Ständerat mehr Weitsicht, indem er die Motionen Regazzi ([17.3191](#)) und der liberalen Fraktion ([17.3049](#)) angenommen hat. Damit ebnet er den Weg zur Ausarbeitung dringend benötigter Ergänzungen im Strassenverkehrs- und Versicherungsvertragsgesetz, um automatisiertes Fahren rechtlich zu umzusetzen. Ebenfalls – mit einer leichten Änderung – hat der Ständerat die Motion Flach ([16.3529](#)) zur Flexibilisierung der Lärmessmethoden angenommen.

WAK-N setzt Detailberatung zum BöB im Januar fort

Im ersten Quartal 2018 wird die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats (WAK-N) die Detailberatung des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen ([17.019](#)) fortsetzen und voraussichtlich erstmals auch Artikel behandeln, die [Anliegen der usic](#) betreffen.

Zersiedelungsinitiative im Ständerat

In der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Ständerats (UREK-S) steht ferner erstmals die Zersiedelungsinitiative ([17.063](#)) auf dem Programm. Die Volksinitiative will die Neuerschliessung von Bauzonen einfrieren und so die Siedlungsverdichtung fördern. Angesichts der knappen Landressourcen der Schweiz ist das Anliegen durchaus berechtigt. Der Vorschlag ignoriert aber fundamental die föderale Struktur bei der Raumplanung und ist deshalb abzulehnen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen eine erholsame und besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins neue Jahr!



Dr. Mario Marti
Rechtsanwalt
Geschäftsführer usic

WINTER 17 / SESSIONSRÜCKBLICK

Energie & Umwelt

Einigungskonferenz

16.035 – BRG

Um- und Ausbau der Stromnetze. Bundesgesetz

Inhalt: Die Vorlage soll die Rahmenbedingungen und damit die Voraussetzungen für die Optimierung und die rechtzeitige und bedarfsgerechte Entwicklung der schweizerischen Stromnetze verbessern. Als Kernpunkte sind Vorgaben für die Optimierung und Entwicklung der Stromnetze sowie der Bewilligungsverfahren vorgesehen.

Beschluss: Befristung der Grundkostenklausel als Kompromiss.

Vorschau: Referendumsfrist.



ZUSTIMMUNG. Die usic bedauert, dass der Ständerat auf der Forderung nach einer rückwirkenden Anlastung der Grundkosten für die Stromerzeugung an gebundene Endkunden beharrte. Auch die Befristung der Regelung durch die Einigungskonferenz ändert nicht, dass diese Klausel systemwidrig ist.

Mobilität & Infrastruktur

Ständerat

17.3191 – Mo. Regazzi (CVP/TI)

Automatisierte Fahrzeuge. Möglichst schnell den rechtlichen Rahmen festlegen

Inhalt: Der Bundesrat wird beauftragt, möglichst schnell den rechtlichen Rahmen für automatisierte Fahrzeuge in der Schweiz festzulegen. Er soll die erforderlichen Anpassungen der verschiedenen anwendbaren Gesetze (Strassenverkehrsgesetz, SR 741.01; Versicherungsvertragsgesetz, SR 221.229.1 usw.) ausarbeiten und dabei insbesondere die technischen und rechtlichen Aspekte festlegen, die für den Einsatz solcher Fahrzeuge in der Schweiz gelten sollen.

Beschluss: Annahme.

Vorschau: Der Bundesrat arbeitet einen Gesetzesentwurf aus.



ANNAHME. Die usic begrüsst, dass der Ständerat die Motion ebenfalls angenommen hat. Damit ist der Weg frei, die zahlreichen offenen Fragen rund um die automatisierte Mobilität zu klären.

WINTER 17 / SESSIONSRÜCKBLICK

Mobilität & Infrastruktur

Ständerat

17.3049 – Mo. Fraktion RL

Digitalisierung. Weg frei für automatisierte und selbstfahrende Fahrzeuge

Inhalt: Der Bundesrat wird beauftragt, die rechtlichen Grundlagen im Strassenverkehrsgesetz zu schaffen, damit die Zulassung und der Verkehr von automatisierten und selbstfahrenden Fahrzeugen auf Verordnungsstufe geregelt werden können. Ziel ist es, die gesetzgeberische Flexibilität zu haben, um zeitnah mit den technischen Entwicklungen und im Gleichschritt mit dem internationalen Rechtsrahmen die notwendigen regulatorischen Anpassungen vornehmen zu können.

Beschluss: Annahme.

Vorschau: Der Bundesrat arbeitet einen Gesetzesentwurf aus.



ANNAHME. Die usic begrüsst, dass der Ständerat die Motion ebenfalls angenommen hat. Damit ist der Weg frei, die zahlreichen offenen Fragen rund um die automatisierte Mobilität zu klären.

Mobilität & Infrastruktur

Ständerat

16.3529 – Mo. Flach (glp/AG)

Siedlungsentwicklung nach innen nicht durch unflexible Lärmessmethoden behindern

Inhalt: Der Bundesrat möge das Umweltschutzgesetz (USG) und/oder die Lärmschutz-Verordnung (LSV) so ändern, dass in lärmbelasteten Gebieten eine sinnvolle Siedlungsverdichtung nach innen, ohne Ausnahmegewilligung möglich ist und wo gegeben, die breit anerkannte Praxis der Lüftungsfensterpraxis Anwendung finden kann.

Beschluss: Annahme mit Änderung.

Vorschau: Das Geschäft geht nun zurück in die Kommission des Erstrats.



ANNAHME. Die usic begrüsst den Entscheid des Ständerats, denn verdichtetes Bauen soll erleichtert werden. Der Abbau bürokratischer Hürden ist deshalb notwendig.

KOMMISSIONSVORSCHAU / I. QUARTAL

Vergabe & Honorare

Montag, 8. und 29. Januar 2018

WAK-N

17.019 – BRG

Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen. Totalrevision

Inhalt: Zweck der Revision ist die Übernahme geänderter Bestimmungen des WTO-GPA-Abkommens sowie die grösstmögliche Harmonisierung zwischen Bund und Kantonen.

Stand der Beratung: Im Rat noch nicht behandelt.



EINTRETEN und BEDINGTE ANNAHME. Die usic begrüsst sowohl die Überarbeitung des WTO-GPA-Abkommens als auch die Harmonisierungsbestrebungen. Zahlreiche Punkte sind jedoch zu verbessern, um den Bedürfnissen der Planer gerecht zu werden. Dumpingangeboten muss griffig entgegengewirkt werden. Auch im Bereich des Rechtsschutzes braucht es Verbesserungen.

Mobilität & Infrastruktur

Donnerstag, 11. Januar 2018

UREK-S

17.063 – BRG

Zersiedelung stoppen - für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungsinitiative). Volksinitiative

Inhalt: Die Volksinitiative will die weitere Ausdehnung der Bauzonen auf unbefristete Zeit stoppen und strebt gleichzeitig eine qualitätsvolle Siedlungsentwicklung nach innen an.

Bisher: BR: Ablehnung.

Stand der Beratung: Im Rat noch nicht behandelt.



ABLEHNUNG. Die knappen Landressourcen der Schweiz machen eine nachhaltige Siedlungsentwicklung notwendig. Das von der Initiative geforderte unbefristete Einfrieren der Bauzonen ist jedoch zu starr und wird den föderalen Realitäten der Schweiz nicht gerecht.

KOMMISSIONSVORSCHAU / I. QUARTAL

Mobilität & Infrastruktur

Montag, 15. Januar 2018

KVF-N

16.075 – BRG

Organisation der Bahninfrastruktur

Inhalt: Die Vorlage bezweckt den gleichberechtigten Zugang von Eisenbahnverkehrsunternehmen zur Bahninfrastruktur sowie deren Mitwirkungsrecht bei Fahrplan- und Investitionsentscheidungen, die Umwandlung der Trassenvergabestelle in eine öffentliche Anstalt. Ferner sollen die Kompetenzen der Schiedskommission für den Eisenbahnverkehr ausgeweitet und die Rechte der Reisenden gestärkt werden.

Bisher: KVF-N: Rückweisung an Bundesrat. NR: Rückweisung an Bundesrat. KVF-S: Ablehnung Rückweisungsantrag. SR: Ablehnung der Rückweisung.

Stand der Beratung: Von beiden Räten behandelt.



BEDINGTE ANNAHME. Die usic hat sich ausführlich in Ihrer [Vernehmlassungsantwort zur Vorlage](#) geäußert. Die Reduktion der Diskriminierungen und die Stärkung der Rechte der Reisenden werden begrüßt. Zugleich befürchtet die usic eine wachsende Bürokratisierung der Prozesse durch die Schaffung einer öffentlichen Anstalt. Systemführerschaften müssen aus der Praxis heraus und nicht von oben herab entstehen.

Mobilität & Infrastruktur

Montag, 22. Januar 2018

UREK-N

16.3529 – Mo. Flach (glp/AG)

Siedlungsentwicklung nach innen nicht durch unflexible Lärmessmethoden behindern

Inhalt: Der Bundesrat möge das Umweltschutzgesetz (USG) und/oder die Lärmschutz-Verordnung (LSV) so ändern, dass in lärmbelasteten Gebieten eine sinnvolle Siedlungsverdichtung nach innen, ohne Ausnahmegewilligung möglich ist und wo gegeben, die breit anerkannte Praxis der Lüftungsfensterpraxis Anwendung finden kann.

Bisher: BR: Ablehnung. NR: Annahme. SR: Annahme mit Änderung.

Stand der Beratung: Motion an 2. Rat.



ANNAHME. Die usic begrüßt Bestrebungen, welche verdichtetes Bauen erleichtern. Der Abbau bürokratischer Hürden ist deshalb notwendig.

KOMMISSIONSVORSCHAU / I. QUARTAL

Qualität & Unternehmensführung

Montag, 22. Januar 2018

WAK-S

16.423 – Pa.Iv. Keller-Sutter (FDP/SG) - Ausnahme von der Arbeitszeiterfassung für leitende Angestellte und Fachspezialisten

16.414 – Pa.Iv. Graber (CVP/LU) – Teilflexibilisierung des Arbeitsgesetzes und Erhalt bewährter Arbeitszeitmodelle

16.442 – Pa.Iv. Dobler (FDP/SG) – Arbeitnehmende in Start-ups mit Firmenbeteiligungen sollen von der Arbeitszeiterfassung befreit sein

Inhalt: Die Initiativen möchten die Rechtsgrundlagen so anpassen, dass die Erfassung der Arbeitszeiten flexibilisiert wird.



FOLGE GEBEN. Die Flexibilisierung der Arbeitszeiterfassung entspricht dem Bedürfnis einer modernen und liberalen Arbeitswelt, wonach die autonome Organisation von Arbeits- und Ruhezeit möglich sein soll, bei gleichzeitiger Senkung des administrativen Aufwands für Unternehmen.

Qualität & Unternehmensführung

Donnerstag, 25. Januar 2018

RK-N

13.100 – BRG

OR. Verjährungsrecht

Inhalt: Zentrale Revisionspunkte sind die Verlängerung der relativen Verjährungsfrist von einem auf drei Jahre für Ansprüche aus Delikts- oder Bereicherungsrecht sowie die Einführung einer besonderen absoluten Verjährungsfrist von dreissig Jahren bei Personenschäden.

Bisher: NR: Beschluss abweichend vom Entwurf des Bundesrates. SR: Abweichend. RK-N: Antrag auf Abschreibung. RK-S: Nicht abschreiben.

Stand der Beratung: Von beiden Räten behandelt.



Art. 60 Abs 1bis sowie Art. 128a streichen. Die usic hat Sympathie für das Anliegen von Betroffenen. Eine Verlängerung der Verjährungsfristen kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Beweisanforderungen unverändert bleiben. Für die Asbestopfer muss eine individuelle politische Lösung gefunden werden.

VERNEHMLASSUNGEN

Laufende Vernehmlassungen

FRIST

Mobilität & Infrastruktur

15.01.2017

Ausbauschnitt der Bahninfrastruktur 2030/35 (AS 2030/35)

Im Bundesbeschluss über das strategische Entwicklungsprogramm der Bahninfrastruktur (STEP) zum Ausbauschnitt 2025 (AS 2025) hat das Parlament dem Bundesrat den Auftrag erteilt, bis 2018 eine Botschaft über einen nächsten Ausbauschnitt vorzulegen. Das Bundesamt für Verkehr (BAV) hat hierzu in Zusammenarbeit mit den Kantonen, den Bahnen und der Güterverkehrsbranche den Ausbauschnitt für die Bahninfrastruktur 2030/35 (AS 2030/35) erarbeitet.

Unterlagen: [Vorlage 4](#) | [Vorlage 3](#) | [Vorlage 2](#) | [Vorlage 1](#) | [Bericht](#) | [Begleitschreiben 1](#) | [Begleitschreiben 2](#) | [Adressatenliste](#) | [Fragenkatalog](#)

Mobilität & Infrastruktur

09.03.2018

Etappe 2 des Sachplans geologische Tiefenlager

Die Standortsuche für geologische Tiefenlager erfolgt in drei Etappen und wird im Konzeptteil «Sachplan geologische Tiefenlager» geregelt. 2011 hat der Bundesrat die sechs in Etappe 1 vorgeschlagenen Standortgebiete der Nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) genehmigt. In Etappe 2 erfolgt die Einengung auf mindestens zwei Standorte pro Lagertyp. Von den sechs geologischen Standortgebieten hat die Nagra 2015 vorgeschlagen, Jura Ost und Zürich Nordost in Etappe 3 weiter zu untersuchen. Im Unterschied zur Nagra beurteilt das ENSI die Zurückstellung des Standortgebiets Nördlich Lägern als nicht ausreichend begründet. Deshalb ist gemäss ENSI dieses Standortgebiet – zusätzlich zu Jura Ost und Zürich Nordost – in Etappe 3 weiter zu untersuchen. Die Kommission für nukleare Sicherheit (KNS) teilt diese Ansicht. In Etappe 2 hat die Nagra mit den Regionalkonferenzen die Platzierung der Standortareale für die Oberflächenanlage von geologischen Tiefenlagern erarbeitet. Diese und weitere Resultate sind Gegenstand der Vernehmlassung, festgehalten im «Entwurf des Ergebnisberichts zu Etappe 2: Festlegungen und Objektblätter». Nach der Vernehmlassung wird der Bundesrat darüber entscheiden, welche der Standorte in Etappe 3 weiter untersucht werden sollen.

Unterlagen: [Vorlage](#) | [Bericht](#) | [Begleitschreiben](#) | [Begleitschreiben Adressatenliste](#) | [Fragebogen](#)

VERNEHMLASSUNGEN

Geplante Vernehmlassungen

BEGINN ENDE

Mobilität & Infrastruktur

12.2017

04.2018

Gesetzliche Grundlage für das Projekt Cargo sous terrain (CST)

Unterbreitung einer Spezialgesetzgebung für das Projekt Cargo sous terrain, welches ein neuartiges, unterirdisches Gütertransportsystem vorsieht.